

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

25. November 2013

Afghanistan

Loya Jirga für Abschluss eines Truppenstatuts mit USA

Die Große Stammesversammlung (Loya Jirga) hat sich am 24.11.13 für den Abschluss eines Vertrags über den Status der im Land verbleibenden US-Soldaten ausgesprochen. Dem Truppenstatut muss noch das Parlament zustimmen. Präsident Karzai erklärte, er werde die Unterzeichnung seinem Nachfolger, der im Frühjahr gewählt wird, überlassen. Die USA drängen auf eine Unterzeichnung noch in diesem Jahr.

Früherer Dolmetscher der Bundeswehr ermordet

In Kunduz (Nordafghanistan) wurde am 24.11.13 die Leiche eines Mannes gefunden, der als Übersetzer für die Bundeswehr gearbeitet hatte. Die Behörden gehen davon aus, dass es sich bei den Tätern um Taliban handelt. Der Mann sei bereits mehrfach bedroht worden und habe auf einer Liste der Ortskräfte gestanden, denen eine Einreise nach Deutschland ermöglicht werden soll.

Irak

Anschläge

Am 19.11.13 wurde von bis zu zwölf Todesopfern durch Anschläge berichtet. Betroffen waren insbesondere Mosul, Bagdad und Balad Ruz.

Am 20.11.13 starben unterschiedlichen Meldungen zufolge bis zu 82 Menschen, mehr als 140 wurden verletzt. Allein in Bagdad starben 60 Menschen.

Am 21.11.13 wurde von einer Todesopferzahl zwischen 58 und 79 sowie mehr als 100 Verletzten berichtet. Am stärksten war Saadiyah (Provinz Diyala) mit 32 Todesopfern betroffen. Weitere gab es u.a. in Bagdad, Baquba und Mosul.

Am 22.11.13 starben bei Anschlägen zwischen 24 und 32 Menschen, die Zahl der Verletzten lag bei 65. Die meisten Todesopfer gab es in Bagdad.

Am 23.11.13 wurden mindestens 48 Menschen getötet und rund 100 verletzt. Am stärksten betroffen war Tuz Khurmato (Provinz Salahaddin) mit 32 Todesopfern.

Am 24.11.13 starben bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Mosul und Ramadi mindestens 14 Menschen.

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im November 2013 (Stand: 24.11.) bisher 647 Zivilpersonen getötet. Für das Jahr 2013 wird insgesamt von bisher rund 8.000 Todesopfern berichtet. Dies ist die höchste Opferzahl seit dem Jahr 2008.

Erneute Hinrichtungen

Zwischen dem 07. und 17.11.13 wurden laut irakischem Justizministerium 19 Straftäter hingerichtet. Im Jahr 2013 liegt damit die Zahl der Hinrichtungen bisher bei 144. Im Jahr 2012 lag diese Zahl bei 129.

Chef der Leibgarde getötet

Laut Pressemeldung vom 20.11.13 wurde in Sulaimaniyah der Chef der Leibgarde von Staatspräsident Jalal Talabani, Sarwat Raschid, in seinem Haus erschossen.

Christlicher Kameramann getötet

Gemäß einer dpa-Meldung vom 24.11.2013 wurde in Mosul ein Christ erschossen, der als Kameramann arbeitete. Das Motiv blieb bisher unklar.

Syrien

Weiterhin Kämpfe

Berichten staatlicher Medien vom 19.11.13 zufolge konnte die syrische Armee die Aufständischen aus der Stadt Kara (Grenzgebiet zum Libanon) vertreiben und damit einen weiteren Erfolg gegen die Rebellen erzielen.

Am 22.11.13 gelang es mehreren hundert Aufständischen die überwiegend von Christen bewohnte Stadt Deir Attiya in der Region Kalamun (s. BN v. 18.11.13) fast vollständig einzunehmen.

Nach Angaben von Aktivisten kamen bei einem Luftangriff der syrischen Armee auf Aleppo und Umgebung am 23.11.13 mindestens 29 Menschen ums Leben, viele wurden verletzt.

Bei Kämpfen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen östlich von Damaskus wurden am 24.11.13 mindestens 75 Menschen getötet. Darunter sollen sich 28 Kämpfer der al-Qaida-nahen Gruppierung „Islamischer Staat im Irak und der Levante“ (ISIS) und der al-Nusra-Front befinden.

Hochrangiger Rebellenführer verstorben

Am 18.11.13 teilte die Liwa-al Tawheed-Brigade mit, dass der bei der Bombardierung des Rebellenhauptquartiers in Aleppo am 14.11.13 verletzte Abdul Kader Salih starb. Salih galt als gemäßigter Islamist mit guten Beziehungen zu vielen Rebellengruppen.

Anschlag auf Minister

Am 23.11.13 wurde von einem Attentat auf den syrischen Minister für nationale Versöhnung, Ali Haidar, berichtet. Bei dem Angriff sei Haidars Fahrer ums Leben kommen, er selbst sei unverletzt geblieben.

Ölfeld unter Kontrolle der Rebellen

Die al-Nusra-Front und andere Gruppen brachten am 23.11.13 das größte Ölfeld Syriens, Omar (Provinz Deir al-Zor), unter ihre Kontrolle. Nach Angaben von Oppositionsvertretern könnte damit die Regierung Assads von nahezu allen lokalen Rohölreserven abgeschnitten sein. Des Weiteren berichteten Regierungsmedien von einem Angriff auf eine Raffinerie in der Provinz Homs.

Zusammenschluss islamistischer Rebellengruppen

Sieben (andere Quellen sechs) der wichtigsten Rebellengruppen verkündeten am 22.11.13 ihren Zusammenschluss. Die neue Organisation nennt sich Islamische Front und sieht sich als „unabhängige soziale und militärische Kraft“. Ziel ist der Sturz Assads und die Errichtung eines gerechten islamischen Staates. Die Organisation soll über 50.000 Kämpfer verfügen, darunter rund 8.000 der Liwa-al Tawheed-Brigade. Weitere Mitglieder sind u.a. Ahrar al-Sham, Jaysh-al-Islam und die Kurdische Islamische Front, nicht dagegen ISIS sowie die al-Nusra-Front.

Mehr als 11.000 tote Kinder

Nach Recherchen der Londoner Nichtregierungsorganisation Oxford Research Group kamen seit Beginn der Kämpfe mehr als 11.000 Kinder ums Leben.

Iran

Unruhen in Grenzprovinz/16 Hinrichtungen

Nahe der Stadt Sarawan gab es am 23.11.13 Gefechte mit „bewaffneten Gangstern“, so die staatliche Nachrichtenagentur Isna. 20 Grenzschützer starben, mehrere wurden verletzt. Sarawan liegt in der iranischen Grenzprovinz Sistan-Belutschistan. In der Bergregion sind unter anderem Drogenhändler und sunnitische Rebellen aktiv. Die sunnitische Minderheit fühlt sich benachteiligt und fordert mehr Rechte. Immer wieder gibt es Gewalttaten. Tausende iranischer Soldaten sind in den vergangenen Jahren im Kampf gegen diese

Gruppen ums Leben gekommen. Mohammed Marsieh, iranischer Staatsanwalt, erklärte im Gespräch mit der Agentur Isna, als Reaktion auf den nächtlichen Angriff seien 16 „Terroristen“ hingerichtet worden.

Libanon

Bombenanschlag mit mehr als 20 Toten

Bei einem Doppel-Bombenanschlag mit 24 Todesopfern und 146 Verletzten am 19.11.13 in Beiruts südlichem Vorort al-Janah ist der iranische Botschafter Ghadhanfar Roknabadi nur knapp dem Tod entgangen. Der Anschlag steht nach Ansicht von Beobachtern in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien. Mehrere libanesischen Medien meldeten, die Abdullah-Assam-Brigaden stünden hinter dem Selbstmordanschlag. In einem Bekennterschreiben wurde als Motiv die Beteiligung der schiitischen Hizbollah-Miliz im syrischen Bürgerkrieg genannt. Über Twitter wurden weitere Anschläge angedroht, sollte sich die Hizbollah nicht umgehend aus Syrien zurückziehen.

Türkei

Keine Einigung auf neue Verfassung

Am 19.11.13 erklärte ein Regierungsvertreter das vorläufige Scheitern der parlamentarischen Verhandlungen über eine neue Verfassung. Der entsprechende Ausschuss wird nach rund zweijähriger Tätigkeit aufgelöst, da es derzeit keine Chance auf einen Kompromiss gibt.

Die jetzige Verfassung geht im Wesentlichen auf die Militärregierung in den 80er Jahren zurück. Sie wurde seitdem zwar in vielen Punkten geändert, aber alle Parteien wollen eine grundlegende Überarbeitung. Die Opposition befürchtet, dass Ministerpräsident Erdogan mit den von seiner AKP vorgeschlagenen Änderungen zu viel Macht bekommen könnte. Eine neue, liberalere Verfassung war eines der großen Wahlversprechen der AKP. Auch die EU betrachtet eine neue Verfassung als eine der wichtigsten Aufgaben des Beitrittskandidaten. Es geht ihr dabei insbesondere um mehr Rechte für die Minderheiten und um größere politische Freiheiten.

Libyen

Milizen ziehen schrittweise aus Tripolis ab

Fast eine Woche nach den blutigen Zusammenstößen zwischen Milizionären und Demonstranten in Tripolis begannen mehrere Milizen mit ihrem Abzug aus der Hauptstadt. Die Al-Kaaka-Brigade übergab nach Angaben ihres Anführers, Othman Mligta, ihren Standort den Behörden und verließ die Stadt samt Waffen und Fahrzeugen. Auch die aus der westlibyschen Stadt Sintan stammende Sawaek-Brigade begann mit dem Abzug und übergab ihre Stützpunkte in Tripolis an Einheiten der regulären Armee. Die Misrata-Brigade, die im Zentrum der blutigen Zusammenstöße (vgl. BN v. 18.11.13) stand, hatte mit dem Abzug bereits am 19.11.13 begonnen. Der Stadtrat von Tripolis hatte die Milizen aufgefordert, gemäß den Parlamentsbeschlüssen die Stadt zu verlassen.

Ägypten

Neues Demonstrationsgesetz

Nach Berichten staatlicher Medien unterzeichnete Übergangspräsident Adli Mansur am 24.11.13 ein umstrittenes Demonstrationsgesetz. Künftig müssen Demonstrationen drei Tage vorher angemeldet werden. Nur bei öffentlichen Wahlveranstaltungen reicht eine Ankündigung 24 Stunden vor der geplanten Veranstaltung. In einer gemeinsamen Erklärung von 19 ägyptischen Menschenrechtsgruppen hieß es, das Gesetz kriminalisiere friedliche Versammlungen und räume dem Staat das Recht ein, diese mit Gewalt zu zerstreuen.

Auseinandersetzungen

Bei Protesten auf dem Tahrir-Platz in Kairo wurden am 19./20.11.13 zwei junge Männer getötet.

Im Norden der Sinai-Halbinsel starben am 20.11.13 zwölf ägyptische Soldaten bei einem Selbstmordanschlag. 35 Soldaten wurden bei dem Attentat nahe der Stadt Al-Arisch schwer verletzt, hieß es aus Sicherheitskreisen.

Ebenfalls am 20.11.13 detonierte eine Bombe an einem Kontrollpunkt in Kairo, wie das ägyptische Fernsehen berichtete. Dabei gab es drei Tote.

Mauretanien

Wahlen

Am 23.11.13 waren rund 1,2 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme für das Parlament abzugeben. Um die 147 Abgeordnetenmandate bewarben sich 74 Parteien, von Teilen der Opposition wurde die Abstimmung boykottiert. Es waren die ersten Parlamentswahlen, seit sich Präsident Mohamed Ould Abdel Aziz 2008 an die Macht putschte. Die Beteiligung wurde mit 60 Prozent angegeben. Das genaue Ergebnis der Wahlen steht noch aus.

Sudan

Beschuss von Armee-Einrichtungen

Rebellen der Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) haben am 19.11.13 begonnen, Armee-Einrichtungen in der Provinzhauptstadt von Südkordofan, Kadugli, zu beschießen. Bislang wurden zwei Menschen getötet. SPLM-N-Sprecher Ngotolo gab an, dass der Angriff eine Reaktion auf Luftangriffe der sudanesischen Armee sei, bei denen mehrere Zivilisten getötet wurden.

Erneut Tote bei Kämpfen in Darfur

Bei Kämpfen verfeindeter Stämme im sudanesischen Unruhegebiet Darfur sind mindestens 30 Personen ums Leben gekommen. Dies meldete die halbamtliche Nachrichtenagentur Sudan Media Center am 19.11.13.

Bereits am 16.11.13 berichtete der staatliche Radiosender Omdurman, dass bei Kämpfen zwischen den verfeindeten Stämmen Misseriya und Salamat rund hundert Menschen getötet wurden.

Tschad

Neuer Ministerpräsident

Tschads Präsident Deby hat nach dem Rücktritt des bisherigen Ministerpräsidenten Dardnadj und des Kabinetts am 21.11.13 den Ökonomen Deubet zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Dardnadj hätte sich am 22.11.13 einem Misstrauensantrag seiner eigenen Partei MPS stellen müssen. Ihm wird vorgeworfen, wegen mehrmaliger Regierungsumbildungen keine Stabilität geschaffen zu haben.

Angola

Oppositionsanhänger getötet/zahlreiche Festnahmen

Am 23.11.13 wurden in Luanda acht Mitglieder der Oppositionspartei Convergência Ampla de Salvação de Angola (CASA-CE) festgenommen, als sie regierungskritische Plakate aufhängten. Einer der Festgenommenen wurde dabei von der Präsidentengarde erschossen, die übrigen sind wieder auf freiem Fuß.

Am selben Tag wurden in Luanda bei einer vom Innenministerium verbotenen Demonstration, zu der die größte Oppositionspartei União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) aufgerufen hatte, 292 Personen festgenommen. Die Demonstration sollte an das ungeklärte Schicksal zweier Aktivisten erinnern, nachdem jüngst Informationen bekannt geworden waren, wonach die beiden im Mai 2012 durch staatliche Kräfte entführt, gefoltert und getötet worden sein sollen.

Zentralafrikanische Republik

Ausufernde Gewalt

Übergriffe und Morde häufen sich und immer mehr lokale Milizen greifen zu den Waffen. Frankreich drängt deshalb auf einen UN-Beschluss zum Eingreifen.

Ein Sprecher des Präsidenten bestätigte, dass der ugandische Warlord Joseph Kony (Lord's Resistance Army – Widerstandsarmee des Herrn, LRA) zu Gesprächen über einen Verzicht auf seine Aktivitäten mit Präsident Djotodia verhandelt. Gerüchten zufolge soll Kony schwerkrank sein.

Somalia

Selbstmordanschlag mit Sturmgewehren und Panzerfäusten

Bei einem Selbstmordanschlag mit Sturmgewehren und Panzerfäusten in der nordsomalischen Garnisonstadt Beledweyne am 19.11.13 sind 20 Menschen gestorben, darunter 16 Soldaten und Zivilisten sowie die vier Attentäter. Die Al-Shabaab-Miliz hat sich zu dem Anschlag bekannt.

Mali

Parlamentswahlen

Am 24.11.13 fanden die ersten Parlamentswahlen nach dem Militärputsch im März 2012 statt. Wahlbeobachter der Europäischen und der Afrikanischen Union waren vor Ort. Die Beteiligung wird mit etwa 50 % angegeben. Bis auf vereinzelte Zwischenfälle – wie im Nordosten, wo ca. 2000 Menschen demonstrierten und Wahlurnen zerstörten – verlief die Wahl friedlich. Für die 147 Mandate hatten sich mehr als eintausend Kandidaten beworben, darunter auch 135 Frauen. Ergebnisse werden frühestens in fünf Tagen erwartet.

DR Kongo

Prozess gegen Soldaten wegen Vergewaltigungen eröffnet

Am 20.11.13 wurde in der Nähe von Goma (Hauptstadt der östlichen Provinz Nord-Kivu) vor einem Militärgericht ein Prozess gegen ca. 40 Soldaten eröffnet, darunter zwölf Offiziere. Den einfachen Soldaten wird vorgeworfen, in und um Minova (etwa 50 km westlich von Goma) im November 2012 Frauen und Mädchen vergewaltigt, gemordet und geplündert zu haben. Die Offiziere werden beschuldigt, die Soldaten nicht von den Kriegsverbrechen abgehalten zu haben.

Die im Kongo stationierte UN-Friedensmission MONUSCO und das UN-Menschenrechtsbüro haben in einem gemeinsamen Bericht von Mai 2013 die von Armeesoldaten im Zeitraum 20. bis 30.11.13 in und um Minova begangenen Vergewaltigungen von mindestens 97 Frauen und 33 Mädchen sowie fünf Fälle von versuchter Vergewaltigung dokumentiert.

Nigeria

Angriff der Boko Haram in Borno

In der Nacht des 21.11.13 attackierten etwa 30 Bewaffnete, vermutlich Angehörige der radikal-islamischen Gruppe Boko Haram, das Dorf Sandiya (etwa 85 km südlich von Maiduguri, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno). Sie töteten mindestens zwölf Dorfbewohner, setzten eine Vielzahl von Häusern in Brand und stahlen mehrere Fahrzeuge. Es wird vermutet, dass es sich beim Angriff um einen Racheakt der Boko Haram handelte, die den Dorfbewohnern Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften vorwarfen.

Neuwahl erfolgreich

Die Neuwahl in Mitrovica wird sowohl von der UN als auch der EU als Erfolg und wichtiger Meilenstein gewertet. Bei einer Stichwahl am 01.12.13 um das Bürgermeisteramt in Mitrovica werden zwei serbische Kandidaten gegeneinander antreten. Damit ist ausgeschlossen, dass wegen des weitgehenden Wahlboykotts der Serben ein Kandidat der lokalen albanischen Minderheit Bürgermeister wird.

Mit dem Wahlausgang ist auch die Voraussetzung zur Bildung des „Verbandes serbischer Gemeinden im Kosovo“ gegeben. Anlässlich der Sitzung des UN-Weltsicherheitsrates am 19.11.13 zu Kosovo erklärte der serbische Premierminister Dacic, dass die Serben in Kosovo nun legitime Verwaltungsstrukturen bekämen. Viele der Nordkosovo-Serben stehen jedoch jeglichen Änderungen des Status Quo skeptisch gegenüber und wollen nach wie vor nicht in Kosovo integriert werden. Bis heute weigern sich sowohl Serbien als auch die große Mehrheit der Serben im Nordkosovo, das Land anzuerkennen.

Georgien**Irakli Garibaschwili ist neuer Ministerpräsident**

Der 31-jährige bisherige Innenminister Irakli Garibaschwili wird künftig an der Spitze der Regierung stehen. Das Parlament Georgiens bestätigte am 21.11.13 seine Nominierung mit 93 Ja- bei 19 Gegenstimmen. Der Regierungschef hat seit einer kürzlichen Verfassungsänderung eine größere Macht; zahlreiche Vollmachten des Staatspräsidenten gingen auf ihn über. Garibaschwili hat angekündigt, er wolle den politischen Kurs seines Vorgängers fortsetzen und die Mitgliedschaft Georgiens in der EU und in der Nato anstreben. Zugleich will er die Beziehungen zu Russland verbessern, welche seit einem militärischen Konflikt 2008 angespannt sind.

Der neue Regierungschef ist ebenso wie der am 17.11.13 ins Amt eingeführte neue Staatspräsident Giorgi Margwelaschwili ein Vertrauter des Milliardärs Bidsina Iwanischwili, der ein Jahr an der Spitze der Regierung stand und sich aus der Politik zurückziehen will. Vermutungen, er könnte weiterhin Einfluss ausüben, wies Iwanischwili mehrfach zurück. Experten sehen dies anders.

Nepal**Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung**

In Nepal fand am 19.11.13 die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Nach ersten Ergebnissen liegt die sozialdemokratische Kongresspartei in Führung. Es folgen die Marxisten-Leninisten der UML und die Maoisten. Insgesamt bewarben sich Kandidaten von 122 Parteien für die 601 Sitze. Die Wahl verlief nach Angaben internationaler Wahlbeobachter weitestgehend ruhig, frei und fair. Im Vorfeld kam es zu mehreren gewaltsamen Ausschreitungen: Sprengsätze explodierten bei Wahlveranstaltungen, Fahrzeuge der Parteien gingen in Flammen auf, Wahlbüros wurden geplündert und Politiker mit Steinen attackiert. Ein Kandidat wurde erschossen.

Hintergrund

Die breite Bevölkerung hat kaum Hoffnung auf Besserung ihrer schwierigen Lebensumstände. Viele der 27 Millionen Nepalesen sind arm. Mindestens sechs Millionen müssen den Lebensunterhalt für ihre Familien in Indien, den Golfstaaten oder in Südostasien verdienen. Der Himalaja-Staat gehört trotz nicht unbeträchtlicher Auslandshilfe zu den am geringsten entwickelten Ländern der Welt.

Einem zehnjährigen Krieg zwischen maoistischer Guerilla und der Armee des Königs, dem 13.000 Menschen zum Opfer gefallen waren, folgten 2006 ein Friedensabkommen und 2008 die Abschaffung der Monarchie, die Proklamation der Republik und die erste demokratische Wahl. Eine Einigung über eine neue Verfassung scheiterte. Wesentliche Streitpunkte sind die künftige Regierungsform und die Struktur des Bundesstaates. Da jeder Verfassungsartikel die Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten erfordert, konnte angesichts von mehr als 100 Ethnien und Sprachgruppen sowie der politischen Zersplitterung keine Übereinstimmung erzielt werden.

China

Oberstes Volksgericht gegen Folter und erzwungene Geständnisse

Am 21.11.13 rief das Oberste Volksgericht Gerichte aller Ebenen dazu auf, durch Folter erzwungene Geständnisse zu ignorieren. Folter ist illegal, kommt im staatlichen Gewahrsam jedoch immer wieder vor. 2011 wurden in 99,9 Prozent aller Strafverfahren erster und zweiter Instanz die Angeklagten für schuldig befunden.